

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Widmann, Bucher  
Kolleginnen und Kollegen

**betreffend Abschaffung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels im  
Finanzausgleichsgesetz 2008**

*eingebraucht in der Sitzung des Nationalrates am 24.02.2010 im Zuge der Debatte zum Tagesordnungspunkt 1:*

*Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (600 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Finanzausgleichsgesetz 2008 und das Bundesfinanzgesetz 2010 geändert werden (604 d.B.)*

Die bestehende Finanz- und Wirtschaftskrise betrifft nicht nur die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft, sondern macht auch vor den Gemeinden nicht halt. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind für unsere Gemeinden verheerend. Wie in allen Bereichen ist es in diesem Bereich erforderlich, zügig und wirksam zu reagieren, um sicherzustellen, dass die Länder, Städte und Gemeinden ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger weiterhin in angemessener Form wahrnehmen können. Insoweit ist auf die Wichtigkeit der wahrzunehmenden Aufgaben hinzuweisen. Insbesondere die Finanzierung im Sozialbereich (Spitäler und Pflegeheime) und der Erhalt der Infrastruktur (Straßen und Schulen) stehen auf dem Spiel.

Hinzu kommt, dass die Länder, Städte und Gemeinden im Zuge der von der Bundesregierung umgesetzten Steuertarifreform 2009 mit erheblichen Einbußen zu rechnen haben, da eine ausreichende Abdeckung der Einbußen durch den Bund nicht sichergestellt wird. Weiters werden den Ländern und Gemeinden zusätzliche Ausgaben angelastet, wie etwa für das Kindergartenjahr im Zuge der Konjunkturpakete.

Demgegenüber steht eine ungerechte Verteilung betreffend den Gemeinden zustehenden Anteilen an den Erträgen aus den zwischen Bund und Ländern – Gemeinden – geteilten Abgaben. Insbesondere gilt dies für das Verteilungskriterium, welches sich nach dem „abgestuften Bevölkerungsschlüssel“ orientiert. Dieser Verteilungsschlüssel bevorzugt größere Gemeinden aus unsachlichen Gründen, die aus vergangenen Zeiten rühren. Damals wurden diese Städte beispielsweise aufgrund der hohen Kosten des U-Bahnbaues mit einem höheren Schlüssel versehen. Die Gründe aus der Vergangenheit bestehen heute so nicht mehr, weshalb eine Benachteiligung der kleineren Gemeinden nicht weiter gerechtfertigt ist.

Daher hat als Sofortmaßnahme umgehend die Abschaffung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels im geltenden Finanzausgleichsgesetz zu erfolgen, der die Verteilung der Ertragsanteile der Gemeinden für die Zukunft neu und gerecht regelt.

Aus den genannten Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat ehestmöglich einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch den der abgestufte Bevölkerungsschlüssel im Finanzausgleichsgesetz 2008 abgeschafft wird und eine neue gerechte Verteilung der Ertragsanteile der Gemeinden ermöglicht wird.“

Wien, 24.02.2010

The block contains several handwritten signatures in black ink. At the top left is a signature that appears to be 'R. W.' followed by a horizontal line. To its right is a large, stylized signature that looks like 'Bauer'. Further right is a signature that appears to be 'M. Blum'. Below these, there is a signature that looks like 'H. K.' and another that looks like 'K. P.'.